

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat

Niederschrift über die 9. Regionalausschusssitzung am 17. Juni 2014
- Saal des Schulzentrums an der Bördestraße, Bördestraße 10, 28717 Bremen -
Beginn 18:30 Uhr – Schluss 21:05 Uhr –

Anwesende Mitglieder:

Burglesum

Hennig, Reinhard
Hornhues, Martin
Friesen, Ewald
Tegtmeier, Rainer (beratend)

Veogesack

Sprehe, Heike
Frenzel, Greta i. V. f. Scharf, Detlef
Pörschke, Thomas i. V. f. Schulte im Rodde, Christoph
Kurt, Sabri (beratend)
Tschackert, Bernd i. V. f. Buchholz, Rainer (beratend)

Blumenthal

Kröger-Schurr, Gabriele
Krohne, Anke (beratend)

Sonstige Teilnehmer

Heiko Dornstedt (Ortsamtsleiter Veogesack)
Maren Zilm (Ortsamt Veogesack)
Peter Nowak (Ortsamtsleiter Blumenthal)
Anne Mechels, Verkehrsplanung, Teamleiterin Bremen, Planersocietät
Theo Janßen, Ingenieurgruppe IVV
Klaus Schäfer-Brede, Büro für Verkehrsökologie

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Florian Boehlke

Protokoll: Frau Sabine Hell-Nogai

*

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Boehlke teilt mit, dass am vergangenen Mittwoch der langjährige Ortsamtsleiter aus Blumenthal, Herr Karl Lüneburg, im Alter von 87 Jahren verstorben ist.

Karl Lüneburg hat sich in seinen 15 Jahren als Ortsamtsleiter von Blumenthal und weit darüber hinaus für seinen Stadtteil, aber auch für sein Bremen-Nord auf unterschiedlichste Art und Weise engagiert und stark gemacht.

Herr Boehlke ist fest davon überzeugt, dass er bei vielen eine Lücke hinterlassen wird.

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden, sich für einen Moment des Gedenkens an Karl Lüneburg von Ihren Plätzen zu erheben.

Anschließend folgt die Abstimmung über die versendete Tagesordnung. Aufgrund eines technischen Problems gingen die Einladungen an Veogesack und Blumenthal etwas später heraus.

Änderungsanträge liegen nicht vor.

Beschluss

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 18.03.2014

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Kohletransporte zum Kraftwerk Farge / Umweltbelastung durch die Triebfahrzeuge

Herr Boehlke teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Vertreter des SUBV eingeladen war. Dieser lässt sich entschuldigen und verweist auf das Schreiben vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) vom 25.11.2013.

Nach geltender Gesetzeslage habe der SUBV keine direkten Zugriffsmöglichkeiten auf Eisenbahnverkehrs- und Infrastrukturunternehmen, solange diese geltende Gesetze einhalten. Nach Aussage des SUBV besteht keine rechtliche Eingriffsmöglichkeit auf die Nutzung der Loks. Bei der Erstzulassung dürfen Loks einen bestimmten Grenzwert nicht überschreiten. Eine spätere Überprüfung sei durch das Eisenbahnbundesamt nicht vorgesehen.

Der Vorsitzende erläutert, dass immer wieder Beschwerden von Anwohnern entlang der Bahngleise über Lärm, Abgase und Kohlestaub die Nordbremer Ortsämter und Beiräte erreichen. Der Beirat Vegesack hat jüngst einen Bürgerantrag zur weiteren Beratung an den Regionalausschuss überwiesen. Dieser liegt in Kopie in den Mappen der Ausschussmitglieder.

Herr Dornstedt zeigt Bildmaterial, dass ihm von Anwohnern zur Verfügung gestellt wurde, aus denen ersichtlich ist, wie erheblich der Ausstoß von Rauchwolken der Loks von Vegesack Richtung Farge ist.

Die Bilder belegen was sich in den Gärten der Anwohner niederschlägt und was die Bevölkerung einatmen muss.

Herr Schmidt-Tabe als Vertreter der Bürgerinitiative erläutert die Situation der Anwohner. Einige sind sehr stark betroffen von den Kohletransporten. Die Anwohner möchten, dass die Transporte wieder über den Wasserweg erfolgen.

Im Publikum anwesende Anwohner schildern die Belastung durch Abgase, Lärm und Geruchsbelästigung. Die Beeinträchtigungen sind erheblich. Es ist nicht möglich, im Garten zu sitzen, Schwefel setzt sich auf Flächen ab und die kreischenden Geräusche der Räder sind unerträglich. Es wird von starken Absackungen auf Grundstücken und Rissen in Häuserwänden berichtet.

Herr Pörschke bedankt sich für das hartnäckige Engagement der Betroffenen. Er kritisiert, dass kein Vertreter vom SUBV anwesend ist. In der Bürgersprechstunde gab es ein Argument, dass er gerne noch einmal ansprechen möchte. Er würde es begrüßen, wenn der Wunsch der Anwohner nach Lärmmessung berücksichtigt wird. Er persönlich ist der Auffassung, dass der Transport zurück auf den Wasserweg gehört.

Frau Sprehe kritisiert ebenfalls, dass kein Behördenvertreter vom SUBV anwesend ist. Sie stellt fest, dass die gesetzlichen Vorschriften veraltet sind und nicht ausreichend sind, betroffene Anwohner zu schützen. Es kann nicht sein, dass Loks die z.B. in den fünfziger Jahren abgenommen wurden und noch heute ohne erneute Prüfung fahren dürfen. Eine Lärmmessung ist unabdingbar und sollte heute vom Ausschuss beschlossen werden.

Herr Nowack möchte versuchen, eine Alternative aufzuzeigen, nicht alles aus dem Hause des SUBV ist richtig. Die Lärmgrenzwerte liegen bei Eisenbahnen bei 55dB. Es gibt aktuell ein Lärminderungsprogramm und die Anwohner sollten Anträge auf Schallschutzfenster stellen. Sollten die Anträge abgelehnt werden, müsste dieses durch

SUBV begründet werden und es kann gegebenenfalls vom Verwaltungsgericht festgestellt werden, dass eine Lärmproblematik besteht. Es ist nicht richtig, dass eine Lok nur einmal überprüft wird. Jedes Schienenfahrzeug muss spätestens nach 8 Jahren jährlich eine Hauptuntersuchung durchlaufen. Er ist der Meinung, dass die zuständige Behörde sehr wohl prüfen kann, ob die Wartungsvorschriften eingehalten werden und falls es nicht so ist, Auflagen erteilen kann, dass mit anderen Lokomotiven gefahren werden muss. Der Versuch eine Auflage zu erteilen, ist seiner Meinung nach ein geeignetes Mittel ist, dem Transporteur zu signalisieren, dass man nicht bereit ist, die Beeinträchtigungen hinzunehmen. Er bittet den Ausschuss, dies zu beschließen.

Frau Krohne teilt mit, dass die gezeigten Bilder noch relativ harmlos seien, der Rauch wäre teilweise noch schwärzer. Wenn man die Transporte wieder auf das Wasser verlegen will, muss man Möglichkeiten finden, dass von den großen Schiffen, die Nordenham nicht anlaufen können, auf kleinere umgeladen wird, um den Wassertransport wieder zu ermöglichen. Am Farger Bahnhof laufen im Winter die Loks auch, wenn sie warten und verursachen zusätzlichen Lärm. Man sollte da Abhilfe schaffen.

Frau Kröger-Schurr schlägt vor, dass die Fotos zum SUBV und zur Gesundheitsbehörde zu schicken mit der Aufforderung, Messungen durchzuführen. In Bezug auf Regreßansprüche sollte man das Kraftwerk Farge ansprechen, denn die sind Auftraggeber. Sie regt an, Vertreter von GDF-Suez in den Regionalausschuss einzuladen. Da GDF-Suez die Bürgerstiftung in Blumenthal sponsert, sieht sie Probleme, das Thema weiter im Beirat Blumenthal zu behandeln.

Herr Tegmeier ist der Ansicht, dass es hier nur um Geld geht, dass die GDF-Suez angeblich einsparen muss. Er kann nicht nachvollziehen, warum der Wasserweg teurer sein soll. Er geht davon aus, dass die Seefahrt wesentlich günstiger ist und fordert von Herrn Nowack, die GDF-Suez um eine vergleichende Kostenaufstellung zu bitten.

Herr Boehlke stellt fest, dass heute das Thema nicht zu Ende diskutiert werden kann. Er möchte den Ausschuss einem Beschlussvorschlag unterbreiten und verliert den Entwurf.

Beschluss (einstimmig)

Der Regionalausschuss Bremen-Nord fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, entlang der Eisenbahnstrecke zum Kraftwerk Farge in allen drei Stadtteilen Lärm- und Schadstoffmessungen durchzuführen. Die genauen Standorte sind mit den jeweiligen Beiräten und Ortsämtern abzustimmen.

Die Messergebnisse sind mit den zertifizierten Grenzwerten der Loks abzugleichen.

Bei einer Überschreitung erwartet der Regionalausschuss vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ein Einwirken auf das Eisenbahnbundesamt sowie auf das verantwortliche Transportunternehmen, verbunden mit der Zielsetzung, die Loks auszutauschen.

Andernfalls wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert, Maßnahmen aus seinem Hause zu ergreifen, um die Einhaltung der Grenzwerte für die betroffenen Anwohner gewährleisten zu können. Die Maßnahmen sind dem Regionalausschuss oder den jeweiligen Beiräten und Ortsämtern darzulegen.

Der Regionalausschuss spricht sich nach wie vor für den Transport über den Wasserweg aus und bittet das Kraftwerk Farge um nochmalige Überprüfung, ob der Transport ausschließlich über den Wasserweg erfolgen kann. In diesem Zusammenhang erwartet der Ausschuss einen detaillierten nachvollziehbaren Kostenvergleich der Kohletransporte über die Schiene und dem Wasserweg.

Der Ausschuss kritisiert das wiederholte Nichterscheinen eines Vertreters / einer Vertreterin des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zu dieser Thematik.

TOP 4: Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 - Vorstellung der 4. Phase - Erstellung eines Handlungskonzeptes

Herr Boehlke begrüßt Herrn Just vom SUBV, Frau Mechels von der Planersocietät und Herrn Janßen von der Ingenieurgruppe IVV.

Herr Boehlke erinnert an die ausführliche Beratung der 3. Phase auf der letzten Sitzung des Regionalausschusses am 18.03.14. Der VEP wird nun konkreter. Hauptaugenmerk liegt heute Abend darauf, inwieweit die Beschlüsse der Beiräte berücksichtigt wurden und die Frage nach der Finanzierungsmöglichkeit der einzelnen Maßnahmen. Herr Boehlke weist auf das Bürgerforum am 23.06.14 statt.

Herr Just teilt den aktuellen Bearbeitungsstand mit. Alle Maßnahmen des Zielszenarios sind gebilligt worden, teilweise nicht ohne Diskussion. Das Handlungskonzept ist nun der finale Punkt. Frau Mechels wird drei Finanzierungsszenarien vorstellen. Er bittet die Mitglieder des Regionalausschusses um eine Stellungnahme bis zum 4. Juli 2014, es kann keine Fristverlängerung gewährt werden.

Herr Janßen erläutert die Ergebnisse des Zielszenarios und die Veränderungen des ursprünglichen Vorschlages.

Frau Mechels und **Herr Janßen** stellen anschließend das Handlungskonzept vor. Die weiteren Verfahrensschritte werden von Herrn Just dargestellt. (Einzelheiten unter <http://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen213.c.11483.de> und http://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/140612_E01_RA_Nord_Handlungskonzept_PDFonline.pdf).

Es folgt eine Diskussion sowie Nachfragen

Herr Hornhues ist irritiert, weil einerseits gesagt wurde, dass in Grambke der verkehrsstärkste Punkt sein soll, aber als letzte der drei Maßnahmen angegangen werden soll. Er fragt, wie flexibel die Planungen sind, wenn eine Maßnahme nicht umgesetzt werden kann. **Herr Janßen** erläutert, dass Maßnahmen teilweise erst dann umgesetzt werden können, wenn die gesamte Struktur vorhanden ist.

Frau Kröger-Schurr ist enttäuscht, dass der Haltepunkt Farge Ost zwar aufgenommen wurde, aber nun doch nicht realisiert werden soll.

Herr Just erläutert, dass an diesem Haltepunkt am wenigsten Leute ein- und aussteigen.

Frau Sprehe möchte zu den Straßenunterhaltungskosten wissen, ob Zielmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden können, wenn die finanziellen Mittel durch den schlechten Straßenzustand vieler Straßen schon durch die laufende Unterhaltung gebunden sind.

Herr Hennig bezweifelt die Finanzierbarkeit der Maßnahmen.

Herr Dornstedt stellt fest, dass die Gutachter eine sehr umfangreiche Arbeit abgeliefert haben verbunden mit einem großen Beteiligungsprozess. Es handelt sich um Themen, die nicht im Regionalausschuss beschlossen werden können, sondern in den örtlichen Beiräten. Durch die umfangreiche Beteiligung hat man eine Erwartungshaltung erzeugt. Man sollte auf die finanzielle Situation Bremens hinweisen, dass von dem, was im Gutachten steht, nur sehr wenig umgesetzt wird. Fairerweise sollte man die Bürger, die sich eingebracht haben, darüber informieren.

Herr Tegtmeier kritisiert den VEP insgesamt. Er möchte konkret wissen, was in absehbarer Zeit machbar ist.

Frau Krohne möchte wissen, was der der VEP bisher gekostet hat.

Herr Just kann diese Frage nicht beantworten.

Beschluss (einstimmig)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Eine vertiefte Beratung soll in den einzelnen Beiräten erfolgen.

TOP 5 **Verschiedenes**

Antwort SIS zum Beschluss zum Sportbad Bremen-Nord

Herr Boehlke verliest das Antwortschreiben von Herrn Münch, Senator für Inneres. Herr Münch teilt darin mit, dass im vergangenen Jahren nicht nur ein jährlicher Betriebskostenzuschuss in Höhe von 99.000,00 € für das Sportbad Bremen-Nord zur Verfügung gestellt wurde sondern auch zusätzliche Fördermittel für notwendige Reparaturen. Die Unterstützung soll auch in der Zukunft fortgesetzt werden.

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Sprecher

gez. Hell-Nogai
Protokoll